

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XX. Jahrgang, Nr. 12

Abgeschlossen am 31. Dezember 1947

## Inhalt

Die wirtschaftliche Lage Österreichs an der Jahreswende 1947/48

Rückblick auf das Jahr 1947  
Aktuelle Wirtschaftsprobleme

*Die Notwendigkeit von Überbrückungshilfen und Auslandskrediten — Die ersten Auswirkungen des Währungsschutzgesetzes. — Beseitigung von Produktionsengpässen.*

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der osteuropäischen Länder

Systematischer Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Oststaaten

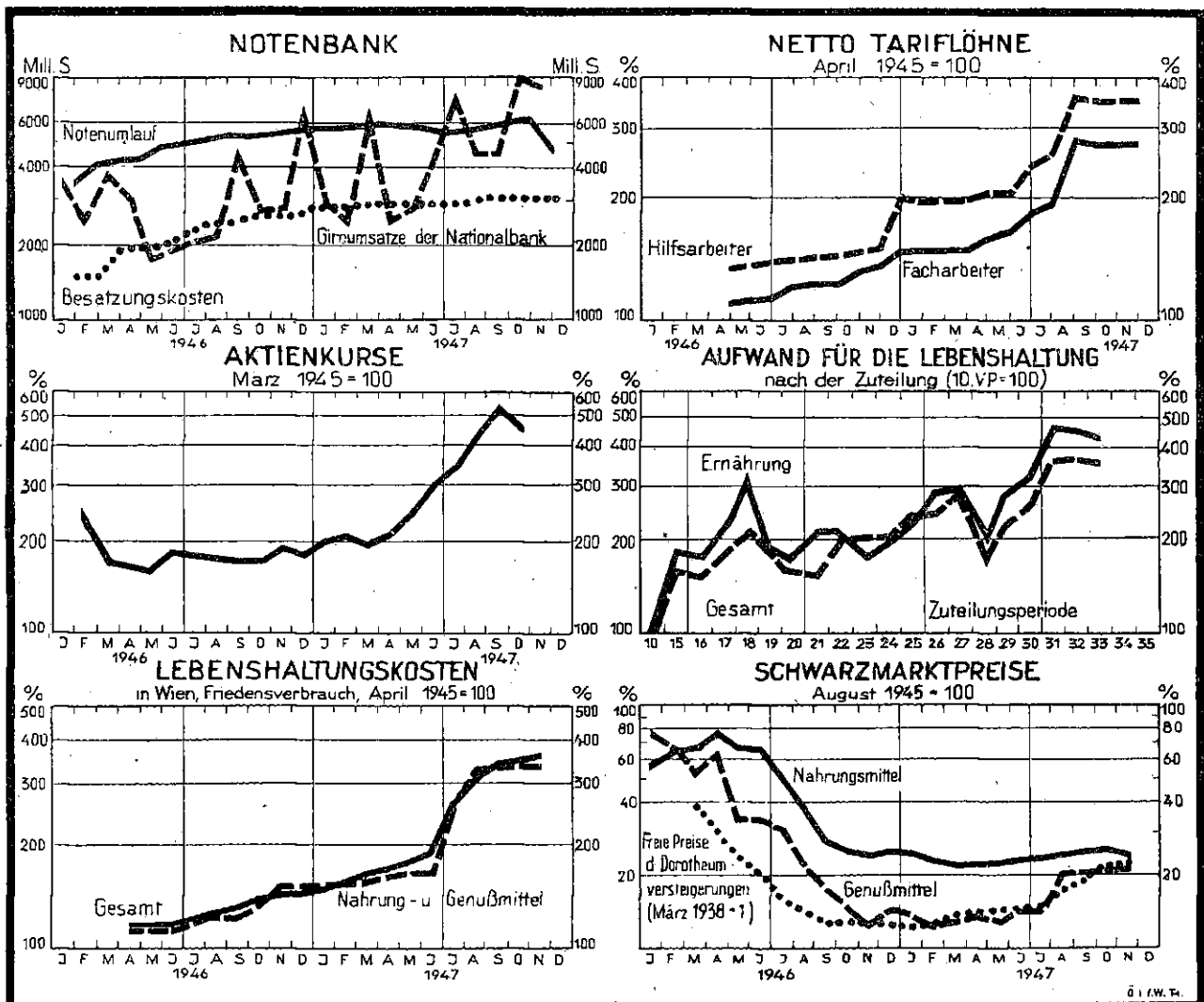
Die Entwicklung eines einheitlichen osteuropäischen Wirtschaftsraumes

Die wirtschaftliche Problematik

Österreichische Wirtschaftszahlen

Internationale Wirtschaftszahlen

## Zur Entwicklung der Währung, der Preise und der Löhne (Logarithmischer Maßstab)



## Die wirtschaftliche Lage Österreichs an der Jahreswende

### 1947/48

#### Rückblick auf das Jahr 1947

Die österreichische Wirtschaft ist an der Jahreswende 1947/48 noch weit von einer normalen Friedenswirtschaft entfernt. Über zweieinhalb Jahre nach Kriegsende ist Österreich noch immer von vier Mächten besetzt und die österreichische Regierung in wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Kontrolle der Besatzungsmächte unterworfen. Die Einteilung in vier Besatzungszonen hemmt trotz aller Zusicherungen — durch das Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 — den freien Wirtschaftsverkehr innerhalb Österreichs und hohe Besatzungskosten schmälern das an sich geringe österreichische Sozialprodukt. Alle Bemühungen um einen Staatsvertrag im Jahre 1947 sind an der Uneinigkeit der Großmächte gescheitert. Der Lebensstandard der Bevölkerung ist nach wie vor äußerst dürftig und zählt zu den niedrigsten Europas. Die offiziellen Lebensmittelrationen (1.700 Kalorien pro Tag für den Normalverbraucher) decken nicht einmal das physiologische Existenzminimum und die Versorgung der Bevölkerung mit industriellen Konsumgütern, insbesondere mit Kleidern und Schuhen, ist ganz unzureichend. (Zur Zeit kann nur jeder vierte Österreicher im Jahr mit einem Paar Schuhe versorgt werden und die Produktion der Bekleidungsindustrie ist so gering, daß es bisher nicht möglich war, eine Kleiderkarte mit einer beschränkten Punktezahl einzuführen.) Die industrielle Produktion wurde durch Mangel an Energie, Rohstoffen und

Investitionsgütern sowie durch eine niedrige Arbeitsproduktivität gehemmt und erreichte im Durchschnitt nur 50 bis 60% des Jahres 1937. In der Landwirtschaft trug neben den kriegs- und nachkriegsbedingten Schwierigkeiten vor allem die ungünstige Witterung zu den bescheidenen Ernteergebnissen bei. (Die Ernte des Jahres 1947 erreichte nach den offiziellen Erntestatistiken nur rund 36% der Vorkriegszeit.) Das Ausfuhrvolumen des Jahres 1947 dürfte (die Außenhandelsergebnisse von November und Dezember stehen noch aus) nur etwa 20% des Jahre 1937 betragen und stieg erst gegen Jahresende auf 30 bis 35% des Monatsdurchschnittes 1937<sup>1)</sup>.

Selbst dieses geringe Produktionsvolumen und dieser niedrige Lebensstandard konnten nur durch eine großzügige Auslandshilfe aufrechterhalten werden. Der gesamte Einfuhrüberschuß (einschließlich der ausländischen Hilfslieferungen, aber ohne die Ausfuhr der nicht der österreichischen Kontrolle unterliegenden Betriebe) des Jahres 1947 dürfte mehr als 200 Mill. Dollar betragen haben, d. i. etwa doppelt soviel wie die gesamte reguläre Ausfuhr des Jahres 1947. Eine Unterbrechung der ausländischen Hilfslieferungen würde die österreichische Wirtschaft unmittelbar in ein Chaos stürzen.

<sup>1)</sup> Die Ausfuhr erreichte im Oktober mit 105 Mill. \$ ihren bisher höchsten Stand. Dies entspricht unter Annahme einer dreifachen Preissteigerung etwa 30% des Monatsdurchschnittes 1937.

zen und im Lande eine Hungersnot heraufbeschwören.

Obwohl die Wirtschaftslage im ganzen noch höchst unbefriedigt war, konnten im Laufe des Jahres 1947 dennoch auf einzelnen Wirtschaftsgebieten bemerkenswerte Fortschritte erzielt werden. Im Bergbau hatte die Produktion von Magnesit und Roh-eisen das Vorkriegsniveau bereits erreicht bzw. überschritten und die inländische Kohlenförderung liegt nur knapp darunter. Die Kohlenversorgung der österreichischen Wirtschaft besserte sich im zweiten Halbjahr ständig und liegt bereits über dem Niveau von 1937. Die Produktion der eisen-schaffenden Industrie hat sich gegenüber dem Vor-jahr verdoppelt, desgleichen die Holzschliff- und Zelluloseerzeugung. Die Produktionserhöhungen be-trafen allerdings weniger Erzeugnisse für den Kon-sum als Kapitalgüter, mittels derer eine Reihe von Produktionslücken geschlossen werden konnte. Auch auf dem Gebiete des Außenhandels wurden Fortschritte erzielt. Im Jahre 1947 konnten mit 14 Staaten Handelsverträge abgeschlossen werden und der Ausfuhrwert war im Oktober viermal so hoch wie zu Jahresbeginn. Die Verkehrsleistungen der Bundesbahnen im Güterverkehr waren um rund 50% höher als 1946. Das relativ kleine Budget-defizit sowie die Bannung der Inflationsgefahr durch das Preis- und Lohnabkommen und das Währungs-schutzgesetz sind als beachtliche Erfolge der Wirt-schaftspolitik hervorzuheben. Schließlich bedeuteten die gegenüber 1946 wesentlich verminderten Be-satzungskosten und vor allem der Verzicht der USA auf ihre Quote eine wesentliche finanzielle Er-leichterung.

Aber alle diese Erfolge — so bedeutend sie im einzelnen auch sein mögen — haben die Wirt-schaftslage Österreichs, insgesamt gesehen, kaum entscheidend verbessert und dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß Österreichs Wirtschaft heute ebenso wie vor einem Jahr noch nicht lebensfähig ist und selbst unter Zugrundelegung eines äußerst bescheidenen Lebensstandards vorläufig noch in hohem Maße auf ausländische Hilfe angewiesen bleibt.

### Aktuelle Wirtschaftsprobleme

#### Die Notwendigkeit von Überbrückungshilfen und Aus-landskrediten

Die österreichische Wirtschaft ist zur Zeit so sehr von ausländischer Hilfe abhängig, daß deren Ausmaß entscheidend ist für die weitere Entwick-lung. Da gegenwärtig nur die Vereinigten Staaten in der Lage sind, größere Hilfslieferungen und Aus-

landskredite zu gewähren, hängt das Schicksal der österreichischen Wirtschaft zumindest kurzfristig weitgehend davon ab, ob der amerikanische Kongreß ausreichende Hilfsmittel für Österreich bewilligt. Da die im Sommer 1947 gewährten Hilfslieferungen Ende 1947 zu Ende gingen, wäre die österreichische Wirtschaft in den nächsten Monaten vor einer äußerst kritischen Situation gestanden, wenn nicht die Vereinigten Staaten neuerdings mit Hilfs-lieferungen eingesprungen wären. Durch die Ge-währung von 522 Mill. Dollar als *Überbrückungs-hilfe* für Italien, Frankreich und Österreich, wovon voraussichtlich rund 58 Mill. Dollar auf Österreich entfallen, wird es nunmehr möglich sein, auch in den nächsten Monaten den dringendsten Einfuhr-bedarf an Lebensmitteln und Kohle zu decken. Außerdem sind Verhandlungen im Gange über einen weiteren *Investitions- und Rohstoffkredit* der Ex-port- und Importbank, nachdem bereits im Septem-ber 1947 ein Kredit in Höhe von 13 Mill. Dollar gewährt wurde, mit dessen Ausnützung in den ersten Monaten des Jahres 1948 gerechnet werden kann. Die vorlagereifen Projekte für die gegenwärtigen Kreditverhandlungen erstrecken sich, ähnlich wie bei der ersten Tranche, in erster Linie auf Roh-stoffe und Investitionen für die eisen-schaffende und eisenverarbeitende Industrie sowie auf die chemi-sche Industrie.

Die Gewährung der Interimshilfe, die Aus-sichten auf einen weiteren Kredit der Export- und Importbank sowie die Dollarbeträge aus der Zah-lung der amerikanischen Besatzungskosten werden es ermöglichen, das für das Jahr 1948 aufgestellte *Notprogramm* in etwas eingeschränktem Umfang in den nächsten Monaten zu verwirklichen. Die Durchführung dieses Notprogrammes, das für das gesamte Jahr 1948 einen Einfuhrbedarf von 433 Mill. Dollar veranschlagt, dem voraussichtlich nur sichtbare Ausfuhren in Höhe von 125 Mill. Dollar gegenüberstehen werden, wird zwar die wirt-schaftliche Lage Österreichs nicht sprunghaft bessern, aber doch durch eine erhöhte Versorgung vor allem mit Betriebsmitteln und Rohstoffen zu einer allmählichen weiteren Steigerung der Produk-tion führen.

#### Die ersten Auswirkungen des Währungsschutzgesetzes

Neben der Auslandshilfe hängt die wirtschaft-liche Entwicklung in den nächsten Monaten vor allem von den Ergebnissen der Währungsreform und den damit im Zusammenhang stehenden wirt-schaftspolitischen Maßnahmen, wie vor allem der Kreditlenkung, ab.

Ein genauer Überblick über die Ergebnisse der Währungsreform liegt noch nicht vor<sup>1)</sup>. Immerhin lassen sich bereits jetzt einige allgemeine Feststellungen treffen. Entgegen den vielfach gehegten Befürchtungen über einen vollständigen Stillstand der Wirtschaft zwischen der Bekanntgabe und dem Inkrafttreten des Währungsschutzgesetzes<sup>2)</sup> gelang es, die Wirtschaft in dieser Zwischenperiode weitgehend aufrecht zu erhalten. Wenn auch nach den ersten spekulativen Angstkäufen gewerbliche Konsumgüter nahezu vollständig aus dem Kleinhandel verschwanden konnte doch zumindest die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung sichergestellt und die industrielle Produktion mit geringen Störungen weitergeführt werden. Allerdings fanden in diesem Zeitraum umfangreiche Geldbewegungen statt, die darauf zurückzuführen waren, daß die Banknotenbesitzer versuchten, die Opfer der Währungsreform möglichst von sich abzuwälzen. Der Notenumlauf ging vom 7. November bis 7. Dezember um 1.86 Mrd. S zurück, da ein beträchtlicher Teil des Banknotenüberhanges zu den Kreditinstituten zurückströmte, die die Noten bei der Nationalbank zugunsten ihres Girokontos deponierten. Dieser Notenzustrom zu den Banken ist zum größeren Teil auf Neueinlagen auf Scheckkonten (allein die Konten des Staates erhöhten sich durch Zahlungen von fälligen Steuern um mehr als 800 Mill. S) und zum geringeren Teil auf Rückzahlungen von Bankkrediten zurückzuführen. Die dadurch entstandene Überliquidität der Kreditinstitute wurde in der Weise beseitigt, daß fünf Sechstel der Neugirogut haben der Kreditinstitute blockiert wurden. Die Sperre wurde allerdings infolge des starken Geldbedarfes der Wirtschaft bereits unmittelbar nach Inkrafttreten des Währungsschutzgesetzes wieder gelockert. Durch die Auszahlung eines Teiles der Löhne und Gehälter für Dezember, der Weihnachtsremunerationen sowie der Löhne und Gehälter per Ende Dezember in neuen Schillingen entstand im Dezember ein außergewöhnlich hoher Notenbedarf, den die Kreditinstitute nur durch Rückgriff auf ihre gesperrten Giroreserven bei der Nationalbank befriedigen konnten.

Über die Auswirkungen der Geldverknappung auf die Preisentwicklung auf den freien Märkten

<sup>1)</sup> Eine zusammenfassende Darstellung der Währungsreform und ihrer quantitativen Auswirkungen wird bei Vorliegen genauer ziffernmäßiger Unterlagen nachgebracht.

<sup>2)</sup> Das Währungsschutzgesetz wurde am 15. November 1947 der Öffentlichkeit bekanntgegeben und ist nach Zustimmung des Alliierten Rates am 10. Dezember 1947 in Kraft getreten.

läßt sich im gegenwärtigen Zeitpunkt noch kein zutreffendes Bild gewinnen. Immerhin konnten bei stark reagiblen Preisen, wie den schwarzen Devisenkursen und den Versteigerungspreisen im Dorotheum, bereits deutliche Preissenkungstendenzen beobachtet werden. Diese Preise waren zu Jahresende durchwegs tiefer als vor Bekanntgabe des Währungsschutzgesetzes.

#### *Devisenkurse und Goldpreise auf dem schwarzen Markt*

	8. November 1947 = 100	
	8. Dezember	27. Dezember
Dollar . . . . .	218—268	73—85
Schweizer Franken . .	190—226	72—77
Englisches Pfund . . .	239—250	85—87
Münzgold je Gramm .	167—200	67—70
Bruchgold je Gramm .	176—211	71—74

Demgegenüber sind die Preise für Lebensmittel auf dem schwarzen Markt, vor allem infolge der großen Nachfrage zu den Feiertagen, noch relativ hoch und lagen vorübergehend teilweise sogar über den Preisen vor Bekanntgabe des Währungsschutzgesetzes.

#### **Beseitigung von Produktionsengpässen**

Durch die Interimshilfe der USA ist für die nächsten Monate die Finanzierung der Kohlenbezüge aus dem Auslande im bisherigen Umfang gesichert. Da auch die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke dank den reichlichen Niederschlägen und dem warmen Wetter gestiegen ist, kann damit gerechnet werden, daß die Versorgung der Wirtschaft mit Energie auch für den Rest des Winters im bisherigen eingeschränkten Umfang aufrecht erhalten werden kann. Dies bedeutet gegenüber dem Winter 1946/47, in dem im Jänner und Februar umfangreiche Produktionsstillegungen vorgenommen werden mußten, die sich bis in die Sommermonate in den nachgelagerten Produktionsstufen auswirkten, einen bedeutenden Fortschritt. Die Stromversorgung ist zwar noch immer knapp, wie die Abschaltung der Industriegruppen III und IV beweist. Im allgemeinen jedoch wird in diesem Winter weniger die Energieknappheit, als das Fehlen von Rohstoffen und maschinellen Anlagen eine Produktionsausweitung verhindern. Dies gilt nicht nur für Industrien, die wie die Textilindustrie überwiegend auf ausländische Rohstoffe angewiesen sind, sondern auch für die Papier- und die eisenverarbeitende Industrie, die heimische Vorprodukte verarbeiten. Vor allem der Mangel an Handelseisen wird immer mehr zu einem der entscheidenden Engpässe, die den Wiederaufbau hemmen. Die Eisenknappheit ist

vor allem darauf zurückzuführen, daß die Walzwerkskapazität durch die Kriegsereignisse stark reduziert wurde und außerdem, ein relativ großer Teil der Walzwerksproduktion exportiert wird, um die Kohle, bzw. den Koks für den Betrieb des Hochofens in Linz und des zweiten Hochofens in Donawitz zu sichern. So wurden im dritten Quartal 1947 von der Gesamtproduktion an Kommerzware von 52.163 t 13.372 t, d. s. 25,6%, exportiert. Die kritische Lage in der Eisenversorgung erlaubt für das erste Quartal des Jahres 1948 nur die Ausgabe von Eisenmarken für 27.000 t gegenüber einem angemeldeten Bedarf von 183.000 t. Besonders groß ist das Mißverhältnis zwischen Bedarf und Deckung in der eisenverarbeitenden Industrie (ohne Exportbetriebe), die nur eine Zuteilung von 4.620 t erhielt, gegenüber einem angemeldeten Bedarf von 81.111 t. Die eisenverarbeitende Industrie kann daher in den nächsten Monaten nur so weit produzieren, als die bereits durch Eisenmarken abgedeckten Lieferungsrückstände der eisenschaffenden Industrie (die zurzeit etwa 42.000 t betragen) ausgeliefert werden, bzw. die einzelnen Betriebe noch nicht eingelöste alte Eisenmarken besitzen.

Eine möglichst kurzfristige Behebung der industriellen Engpässe wird auf verschiedenen Wegen angestrebt. Zunächst bietet die erste Tranche des von der Export-Import-Bank gewährten 13-Mill.-Dollar-Kredits, auf deren beschleunigte Auslieferung gedrängt wird, die Möglichkeit der Beschaffung von Rohstoffen und Investitionsgütern. Dieser Weg ist jedoch für viele Industrien nicht gangbar, da sie die Voraussetzungen für die Kreditgewährung — die Rückzahlung der aufgenommenen

Kredite durch Exporte in Hartwährungsländer — nicht erfüllen können. So ist z. B. die österreichische Baumwollindustrie in einer schwierigen Lage, da die aus früheren Veredlungsgeschäften stammende Wolle verarbeitet ist und die Aufnahme eines Baumwollkredites dadurch erschwert wird, daß die Konkurrenzfähigkeit dieser Industrie auf dem Weltmarkt bereits weitgehend verlorengegangen ist. In der eisenverarbeitenden Industrie wird eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades dadurch angestrebt, daß im ersten Quartal 1948 eine Reihe von leistungsfähigen Exportindustrien bevorzugt mit Walzwerkserzeugnissen beteiligt wird. Der daraus zu erwartende erhöhte Export von Fertigwaren soll dazu dienen, den direkten Walzwarenexport allmählich einzuschränken. Der Vorteil, den die Ersetzung der Walzwarenexporte durch Fertigwarenexporte bietet, geht daraus hervor, daß die Devisenerlöse für die Ausfuhr von Fertigwaren im Durchschnitt etwa siebenmal so hoch sind wie bei direkter Ausfuhr der Walzwaren. In der Papierindustrie ist durch die Pa-Ko-Aktion bereits in nächster Zeit mit einer bedeutenden Produktionssteigerung zu rechnen. Schließlich sind noch die zahlreichen Kompensationsgeschäfte zu erwähnen, die die Rohstoffversorgung vieler Betriebe sichern.

Die Maßnahmen zur Überwindung der Rohstoffschwierigkeiten sowie die Sicherung der Energieversorgung lassen erwarten, daß die Produktion in den kommenden Wintermonaten im bisherigen Umfang aufrechterhalten werden kann. Eine ins Gewicht fallende Produktionserhöhung wird allerdings erst im Frühjahr mit der Besserung der Stromerzeugung eintreten.